

INFOPAPIER: DEUTSCHLAND STEHT AN DER SEITE DER UKRAINE – ZEITENWENDE MIT LEBEN FÜLLEN

Lage der Ukraine

Seit über 1000 Tagen führt Putin einen brutalen, völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine, mit Hunderttausenden von Toten, Verletzten und Vertriebenen. Putin zerstört mitten im Winter Heizkraftwerke, bombardiert Krankenhäuser und Schulen. Russische Truppen begehen Kriegsverbrechen und Tausende ukrainischer Kinder werden gegen den Willen ihrer Eltern nach Russland entführt. Russland gewinnt in den letzten Monaten immer mehr an Boden und schafft damit Fakten – die Zeit für eine robustere Verteidigung der Ukraine drängt.

Warum braucht die Ukraine gerade jetzt unsere Unterstützung?

Wer der Ukraine jetzt nicht deutlich spürbarer hilft, riskiert, dass die europäische Sicherheit entscheidend geschwächt wird. Auch um unserer eigenen Sicherheit, Freiheit und Demokratie willen müssen wir die Ukraine in die Lage versetzen, sich mit allen nötigen und möglichen Mitteln, selbst zu verteidigen. Sonst droht die ukrainische Verteidigung in den kommenden Wochen zusammenzubrechen, mit dramatischen Folgen für das Überleben der Ukraine als unabhängiger Staat. Die Folge wäre weiteres unvorstellbares Leid der Ukrainer, eine russische Besatzungsherrschaft und Millionen weiterer Flüchtlinge.

Was braucht die Ukraine jetzt an militärischer Unterstützung?

Die Ukraine braucht dringend mehr hochpräzise und weitreichende Waffensysteme, um russische Abschussbasen und Nachschublinien zerstören und ihre zivilen Einrichtungen schützen zu können. Insbesondere eine Waffe wie der Marschflugkörper TAURUS würde helfen, den russischen Vormarsch zu erschweren. Der Einsatz von TAURUS gegen die völkerrechtswidrigen russischen Angriffe und Ziele auf russischem Territorium selbst ist durch internationales Recht völkerrechtlich eindeutig gedeckt. Eine Eskalationsgefahr besteht dadurch nicht. TAURUS ist verfügbar, schnell einsetzbar und relativ leicht nachbestellbar. Aus Sicht der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag ist die Lieferung überfällig.

Parlamentarische Situation in Deutschland

Die Weigerung von CDU/CSU, einen gemeinsamen Antrag mit den Freien Demokraten im Deutschen Bundestag zur Unterstützung der Ukraine auf den Weg zu bringen, und die Ankündigung, unseren Antrag abzulehnen, ist eine herbe Enttäuschung, auch für unsere ukrainischen und internationalen Partner. Die Grünen sind zwar klar für eine TAURUS-Lieferung, lehnen aber aus Loyalität zur Restampel-Koalition im Deutschen Bundestag ebenfalls ab. Die SPD und der Bundeskanzler verfolgen in dieser dramatischen Lage weiter einen in NATO und EU vielfach kritisierten Kurs – trotz der permanenten Eskalationsschritte Putins, zuletzt mit dem Einsatz von 10.000 nordkoreanischen Söldnern. Eine Mehrheit der Deutschen spricht sich für die militärische Unterstützung der Ukraine aus. Anstatt diejenigen, die an weiterer Unterstützung noch zweifeln, zu beruhigen, greift Scholz deren Stimmung aus wahltaktischen Gründen auf und will sie sich im Wahlkampf zu Nutze machen. Das ist schäbig und eines europäischen Regierungschefs unwürdig.

Verhalten von NATO-Partnern & Eskalationsdominanz

Deutschland isoliert sich gerade aufgrund der taktisch zaudernden Zurückhaltung des Bundeskanzlers. Diese verhindert einen Gleichschritt mit unseren Partnern USA, Frankreich und Großbritannien, die bereits den Einsatz ihrer weitreichenden Mittelstreckenraketen mit erheblich größeren Reichweiten zulassen. Stattdessen führt Scholz ein verunglücktes Telefonat mit Putin, ohne dieses mit unseren Partnern abzustimmen und ohne greifbare Erfolge.

Ausblick

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine muss enden, aber nicht zu den Bedingungen Putins. Denn ein Scheinfrieden würde ihm die nötige Zeit geben, sich auf einen neuen Angriff vorzubereiten. Als nächstes zum Beispiel gegen die Republik Moldau und später möglicherweise auch gegen NATO-Territorium. Solange Putin davon ausgehen kann, in der Ukraine zu gewinnen, wird er nicht zu Verhandlungen bereit sein. Wer endlich wieder Frieden in Europa will und wer am Tisch sitzen will, wenn es zu Gesprächen zwischen Trump und Putin kommen sollte, der muss jetzt entschlossen handeln. Die Freien Demokraten im Deutschen Bundestag stellen sich dieser Verantwortung.